Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 23. April bis 16. Juni 2021[48]

EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
4. Juni 2021	EK	Frühjahrspaket 2021 der EK: Den Weg für eine kräftige und nachhaltige Erholung ebnen Aufgrund der COVID-19-Pandemie wurde im Jahr 2021 der Ablauf des Europäischen Semesters zwecks Abstimmung mit den Prozessen zur Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität (RRF), die im Rahmen des Europäischen Semesters erfolgen soll, adaptiert. Daher wird die EK im Frühjahr keine Länderberichte zur Beurteilung der Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen in den Mitgliedstaaten herausgeben. Stattdessen werden diese auf die im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) bzw. der EU-Fiskalregeln vorgesehene haushaltspolitische Empfehlung beschränkt. Die Empfehlungen der EK für die Haushaltspolitik sollen den Wiederaufbau vorantreiben. Die Haushaltspolitiken sollten 2021 und 2022 weiterhin die Stützung der Konjunktur zum Ziel haben. Die allgemeine Ausweichklausel des SWP wird auch 2022 angewandt und voraussichtlich erst 2023 außer Kraft gesetzt. Eine verfrühte Beendigung der wirtschaftlichen Unterstützungsmaßnahmen soll damit vermieden werden. Für Österreich empfiehlt die EK, die Beibehaltung der unterstützenden Finanzpolitik im Jahr 2022. Gleichzeitig regt die EK eine Erhöhung der Investitionen an.
2. Juni 2021	EZB	Internationale Rolle des Euro: EZB-Bericht 2021 Wie im EZB-Bericht veröffentlicht wurde, blieb die internationale Rolle des Euro im Jahr 2020 weitgehend unverändert. Der Euro behauptet sich unangefochten als weltweit am zweithäufigsten genutzte Währung nach dem US-Dollar, wobei die internationale Rolle des Euro nach dem Pandemieschock weitgehend unverändert blieb. Der Euro spielt insbesondere eine große Rolle in den internationalen Märkten für Green Bonds.
1. Juni 2021	EK	750 Mrd EUR schweres Corona Aufbauinstrument „Next Generation EU“ ist startbereit In allen 27 Mitgliedstaaten wurde der Eigenmittelbeschluss der EU ratifiziert, wodurch die EK ermächtigt wurde, Mittel in der Höhe von bis zu 750 Mrd EUR im Rahmen des befristeten Corona Aufbauinstruments, Next Generation EU (NGEU), auf den

[48] Autoren: Sylvia Gloggnitzer, Harald Grech (Abteilung für EU- und internationale Angelegenheiten)

		Kapitalmärkten aufzunehmen. An die Auszahlung der EU-Gelder sind strikte Kriterien geknüpft: Mindestens 37% des Geldes müssen in Klimaschutzmaßnahmen investiert werden und 20% in die Digitalisierung. NGEU soll dabei helfen, die unmittelbar Corona-bedingten Schäden für Wirtschaft und Gesellschaft abzufedern. Am stärksten sollen vom Fonds die besonders schwer von der Coronakrise getroffenen Mitgliedstaaten Italien und Spanien profitieren.
25. Mai. 2021	EK	Kommission zahlt im Rahmen des SURE-Instruments 14,1 Mrd EUR an zwölf Mitgliedstaaten aus Die EK zahlte im Rahmen des SURE-Instruments die siebte Tranche zur finanziellen Unterstützung in Höhe von rd. 14 Mrd EUR an zwölf Mitgliedstaaten aus. Die SURE-Darlehen sollen den Mitgliedstaaten dabei helfen, den plötzlichen Anstieg der öffentlichen Ausgaben zu bewältigen, der mit ihren Beschäftigungserhaltungsmaßnahmen infolge der Coronavirus-Pandemie einhergeht.
25. Mai 2021	Sondertagung ER	Sondertagung des Europäischen Rats mit den Schwerpunkten: COVID 19 und Weißrussland Beim Treffen der Führungsspitzen der EU bestand Einigkeit darin, dass eine Erhöhung der COVID-Impfstoff-Produktion in der EU der Schlüssel für die künftige Pandemie-Bekämpfung ist. Die EU ist der größte Exporteur von COVID-19-Impfstoffen in Drittländer und sie wird ihre Bemühungen fortsetzen, die globalen Produktions-kapazitäten für Impfstoffe zu erhöhen, um den weltweiten Bedarf zu decken. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind entschlossen bis zum Jahresende 2021 mindestens 100 Millionen Impfdosen zu spenden. Der ER verurteilte entschieden die unter Gefährdung der Flugsicherheit erzwungene Landung eines Fluges der Fluggesellschaft Ryanair in Minsk, Belarus, am 23. Mai 2021. Der ER forderte den Ministerrat auf, weitere gezielte wirtschaftliche Sanktionen zu beschließen, und ersuchte den Hohen Vertreter und die Kommission, unverzüglich Vorschläge zu unterbreiten.
22. Mai 2021	inf. ECOFIN Rat	Verstärkung der Wirkungen von Geld- und Fiskalpolitik Gouverneure und Minister diskutierten u.a. die Entwicklung langfristiger Zinssätze, Nachhaltigkeit öffentlicher Schuldenstände nach COVID-19 sowie Investitionen und Reformen. Weitgehende Einigkeit bestand darin, dass die Eigenkapitalausstattung von lebensfähigen Unternehmen verbessert werden muss, z.B. durch Steuererleichterungen, staatliche Beteiligungen oder marktbasierte Eigenkapitalfinanzierungen.
9. Mai 2021	EU	Auftakt der Konferenz zur Zukunft Europas Unter dem portugiesischen Ratsvorsitz fand der offizielle Auftakt der Konferenz zur Zukunft Europas in Straßburg statt. Die Konferenz soll Europa den EU-Bürgerinnen näherbringen. Es fanden zahlreiche virtuelle Veranstaltungen anlässlich der Konferenz und der

		Feierlichkeiten zum Europatag in allen Mitgliedstaaten statt. Die Basis der Konferenz bildet die *Gemeinsame Erklärung zur EU-Zukunftskonferenz*, welche am 10. März 2021 durch EP, Rat und EK unterzeichnet wurde. Zentrales Element der Konferenz ist die Beteiligung der EU-Bürgerinnen am Aufbau eines resilienteren Europas. Am 19. April ging hierfür ein neues Instrument, die interaktive, multilinguale digitale Plattform der EK online. Das Motto der digitalen Plattform lautet: *„Die Zukunft liegt in deinen Händen"*. Bis zum Frühjahr 2022 werden Schlussfolgerungen aus der EU-Zukunftskonferenz gezogen, die in der Form eines Endberichts unter dem französischen Ratsvorsitz finalisiert werden.
7. Mai 2021	ER	Sozialgipfel in Porto unter portugiesischem Ratsvorsitz Die EU-Führungsspitzen haben die Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte (ESSR) auf EU-Ebene und auf nationaler Ebene, wie sie in der Strategischen Agenda der EU für 2019-2024 festgelegt ist, erörtert. Die ESSR wird als grundlegendes Element des Aufschwungs bezeichnet, ihre Umsetzung soll das Streben nach einem digitalen, grünen und fairen Übergang stärken und dazu beitragen, die soziale und wirtschaftliche Konvergenz nach oben zu verwirklichen und die demografischen Herausforderungen zu adressieren. In dem von der Kommission im März 2021 vorgelegte Aktionsplan sind ferner drei zentrale Zielvorgaben festgelegt, die in der gesamten Europäischen Union bis 2030 verwirklicht werden sollen: • eine Beschäftigungsquote in der EU von mindestens 78% • die Teilnahme von mindestens 60% der Erwachsenen an Weiterbildungsmaßnahmen in jedem Jahr • die Verringerung der Zahl der von sozialer Ausgrenzung oder Armut bedrohten Menschen um mindestens 15 Millionen
1. Mai 2021	EU	Handelsabkommen zwischen EU und VK endgültig in Kraft Das zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich (VK) ausgehandelte Handels- und Kooperationsabkommen trat am 1. Mai endgültig in Kraft, nachdem es am 27. April vom Europäischen Parlament mit 660 zu 5 Stimmen angenommen worden war. Das Abkommen begründet unter anderem eine umfassende Wirtschaftspartnerschaft. Diese beruht im Kern auf einem Freihandelsabkommen, das weder Zölle noch Quoten vorsieht und damit bedeutende Handelshemmnisse abwendet. Der Rat billigte bereits am 29. April den Brexit-Anpassungsreservefonds in Höhe von 5 Mrd EUR, um die vom Brexit am stärksten betroffenen Regionen, Gebiete und Sektoren zu stützen.
30. April 2021	EZB	EZB ernennt Irene Heemskerk zur Leiterin des Kompetenzzentrums Klimawandel Irene Heemskerk tritt ihre neue Funktion mit Wirkung zum 15. Juni

		2021 an. Als Leiterin des Kompetenzzentrums Klimawandel berichtet sie direkt an EZB-Präsidentin Lagarde. Das Kompetenzzentrum Klimawandel wird die klimabezogene Agenda der EZB gestalten und steuern.

IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

27. Mai 2021	IWF	Das IWF Exekutivdirektorium schloss die periodische Überprüfung des Regelwerks des *Financial Assessment Program (FSAP)* ab. Der zugrundeliegende Bericht des IWF-Stabes war durch die Auswirkungen der aktuellen Pandemie geprägt und betonte die Bedeutung der Überwachung finanzieller Risken des *nonfinancial sectors*. Ferner beinhaltete der Bericht Vorschläge zur besseren Nutzung der Ergebnisse von FSAP-Prüfungen durch nationale Behörden sowie zur grundlegenden verstärkten Integration des FSAP in die Überwachungstätigkeit des IWF.
10. Mai 2021	IWF	Das IWF Exekutivdirektorium schloss den *2021 Comprehensive Surveillance Review (CSR)* ab. Ziel des zugrundeliegenden Berichts des IWF-Stabes war eine strategische Verbesserung der Surveillance-Aktivitäten des IWF (*more timely, topical, targeted, interconnected and better informed*). Der Bericht wies darauf hin, dass künftige Bestrebungen zum wirtschaftlichen Aufschwung für die nationale Behörden zahlreiche wirtschafts- und sozialpolitische Trade-offs beinhalten würden. Auch würden zahlreiche aktuelle Trends (*digital technology, climate change, inequality, demographics* und *geopolitics*) bedeutende Herausforderungen in den kommenden zehn Jahren darstellen, die - sofern Auswirkungen in makroökonomischer Hinsicht entstehen - auch in die Surveillance-Tätigkeiten des IWF integriert werden sollen. Folgende vier Surveillance Bereiche sollen künftig vorrangig positioniert werden: *confronting risks and uncertainties, pre-empting and mitigating adverse spillovers, fostering economic sustainability* und *unified policy advice*.
10. Mai 2021	IWF	Das IWF Exekutivdirektorium beschloss eine Entschuldung für den Sudan in Höhe von rd. 1,0 Mrd. SZR. Österreich beteiligt sich an der geplanten Entschuldung im Ausmaß von rd. 10,8 Mio, SZR. Die Möglichkeit zur Teilnahme der OeNB wird durch eine entsprechende gesetzliche Beschlussfassung im Nationalrat (voraussichtlich Herbst 2021) geschaffen.
15. Juni 2021	IWF	Die periodisch stattfindenden Artikel IV Konsultationen des IWF mit Österreich fanden vom 26.5.-15.6.2021 im virtuellen Format statt. Im Rahmen der Konsultationen führte der IWF Gespräche mit Vertretern von OeNB, BMF, FMA, BKA, diversen Ministerien und Interessensvertretungen Der thematische Fokus der diesjährigen Konsultationen lag auf *Sustainable Recovery and Policies to Mitigate*

		Economic Scarring. Im Rahmen einer Pressekonferenz am 15.6.2021 wurden die Ergebnisse der Art. IV-Konsultationen präsentiert. In seinen Empfehlungen fokussierte der IWF heuer auf verstärkten Anstrengungen im Bereich der Digitalisierung der Wirtschaft und der Einführung einer CO_2 Steuer in Österreich.